

Per e-mail

strategie-stromnetze@bfe.admin.ch

Absender/-in **Marcel Frei**
Telefon direkt **058 319 45 01**
Telefax direkt **058 319 41 80**
E-Mail **marcel.frei@ewz.ch**
Datum **10. März 2015**

Stellungnahme zur Strategie Stromnetze.

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Gelegenheit, uns zur Strategie Stromnetze im Rahmen der Energiestrategie 2050 äussern zu dürfen. ewz hat bereits zum Detailkonzept eine Stellungnahme abgegeben und wurde aus diesem Grund auch zur Vernehmlassung der Strategie Stromnetze eingeladen. Gerne nehmen wir daher mit vorliegendem Schreiben sowie dem ausgefüllten Fragebogen in der Beilage innerhalb der angesetzten Frist Stellung. Bitte beachten Sie, dass wir im Fragebogen bei mehreren Fragen trotz grundsätzlicher Zustimmung gewisse Vorbehalte bzw. Rückmeldungen haben. Diese sind in den entsprechenden Bemerkungen detaillierter beschrieben.

Vorab möchten wir festhalten, dass ewz mit der Stossrichtung der Energiestrategie 2050 und der Notwendigkeit von Investitionen in die Stromnetze übereinstimmt. Ebenso teilen wir die Auffassung hinsichtlich der Gründe für den ausbleibenden Ausbau, namentlich die langen Bewilligungsverfahren und die mangelnde Akzeptanz von Netzinfrastrukturprojekten. Wichtigste Voraussetzung für die Umsetzbarkeit ist jedoch die grundsätzliche Klärung der Rahmenbedingungen, um die notwendigen Anreize zu schaffen und die Investitionssicherheit zu gewährleisten. Aus unserer Sicht sind die Rollen und Verantwortlichkeiten der Akteure zwingend klarer zu definieren. Hierzu ist das Rollenmodell der ENTSO-E zu berücksichtigen, auf dessen Basis anschliessend weitere Fragen wie beispielsweise die Verantwortlichkeit bei Speichern geklärt werden können. Auch bei anderen Themen wie zum Beispiel dem Szenariorahmen, der Information der Öffentlichkeit, den Mitwirkungsverfahren oder der Einführung von Baulinien sind die Verantwortlichkeiten und Kompetenzen der involvierten Akteure (Bund, Kanton, Gemeinden, Verteilnetzbetreiber) noch zu unklar formuliert.

ewz begrüsst das Konzept des Mehrkostenfaktors. Der Mehrkostenfaktor ist jedoch für alle Netzebenen anzuwenden. Es ist dabei sicher zu stellen, dass es keinen Ermessensspielraum bei Fragen zur Anrechenbarkeit der daraus entstehenden Kosten seitens ElCom gibt. Jede Ausnahmeregelung weicht den klaren Artikel wieder auf und führt zu neuer Rechtsunsicherheit. In der Gesetzesvorlage wird des Weiteren festgelegt, dass swissgrid Verteilnetzbetreiber verpflichten kann, Ersatzmassnahmen in Form einer Erdverkabelung durchzuführen. ewz ist der Ansicht, dass ein Abtausch zwischen Kabel- und Freileitungskilometern grundsätzlich zwischen allen Netzebenen möglich sein sollte. Der Nutzen der Verkabelung hängt insbesondere von der Siedlungsstruktur ab. Massgeblich für den Abtausch soll die mögliche Entlastung eines Gebietes und nicht der Umstand der Zugehörigkeit zum Übertragungsnetz sein.

Zu bedenken gilt es auch, dass die generelle Verkabelungspflicht die Netzkosten langfristig erhöht. Höhere Netzkosten wirken sich dabei über die Wasserrechtskonzessionen auch auf die Produktionskosten der Wasserkraftwerke und damit letztlich auf deren Wettbewerbsfähigkeit aus.

In der Gesetzesvorlage wird die Anrechenbarkeit von gesetzlich vorgeschriebenen intelligenten Messsystemen geregelt. Allerdings bestehen zurzeit keine gesetzlichen Vorgaben. ewz ist der Ansicht, dass intelligente Messsysteme generell anrechenbar sein sollen, da diese ohnehin mittlerweile dem Stand der Technik entsprechen. Zu definieren bleiben des Weiteren klare Regeln zur Anrechnung von Kosten für Forschungs- und Entwicklungs- bzw. Pilotprojekten.

Für allfällige Rückfragen zu unserer Stellungnahme stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung und hoffen, dass unsere Anmerkungen sowie die Antworten zum Fragebogen Berücksichtigung finden werden.

Freundliche Grüsse
Direktor

Marcel Frei

Leiter Verteilnetze

Benedikt Lospfe

Beilagen:

- Fragebogen mit Stellungnahme zur Strategie Stromnetze

Strategie Stromnetze

Vernehmlassungsvorlage

Fragenkatalog

Antwortende Organisation: ewz, Tramstrasse 35, 8050 Zürich

Inhalt

Szenariorahmen	2
Bedarfsermittlung	2
Nationales Interesse	5
Räumliche Koordination	6
Bewilligung Projekte	7
Überprüfung Kosteneffizienz	8
Öffentlichkeitsarbeit	10
Geodaten	11

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

Art. 9a Abs. 1 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: ewz begrüsst einen energiewirtschaftlichen Szenariorahmen, der eine belastbare Grundlage für die Netzplanung schafft. Der Szenariorahmen kann jedoch nicht als verbindlich erklärt werden, ohne dass Klarheit zur Regionalisierung und Detaillierung besteht. ewz ist grundsätzlich der Ansicht, dass der Szenariorahmen ein Rahmengerüst darstellt, die Regionalisierung unter Berücksichtigung der spezifischen Gegebenheiten erfolgt jedoch durch Kantone, Gemeinden und Verteilnetzbetreiber (vgl. hierzu Dena-Studie «Anforderungen an einen energiewirtschaftlichen Szenariorahmen für die Netzplanung in der Schweiz» vom 28.03.2013, Seite 94, Empfehlung für eine mehrstufige Kombination verschiedener Ansätze). Die Verantwortlichkeiten der Akteure Bund, Kantone, Gemeinden und Verteilnetzbetreiber sind dabei klar zu definieren.

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ja, eine fixe Periodizität trägt grundsätzlich zur Planungssicherheit bei. Ebenso wie der Bundesrat bei ausserordentlichen Entwicklungen den Szenariorahmen vorgezogen anpassen kann, müssen auch die Verteilnetzbetreiber die Möglichkeit haben, ihre Netzplanung bei ausserordentlichen Änderungen von Einflussfaktoren (z.B. Anschluss von Grossverbrauchern oder grossen Erzeugungsanlagen) anzupassen. Die Faktoren, welche eine ausserordentliche Anpassung erlauben, sind in der Verordnung zu verankern.

Die Prozesse zur Festlegung des Szenariorahmens und zur Prüfung der Mehrjahrespläne dürfen den Netzplanungsprozess des VNB zudem nicht einschränken. Ansonsten kann es zu einer eingeschränkten Versorgungssicherheit kommen. Des weiteren darf es nicht sein, dass getätigte Investitionen des VNB ex-post, aufgrund eines zu einem späteren Zeitpunkt angepassten Szenariorahmens, durch den Regulator in Frage gestellt werden.

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ja, eine Periodizität von fünf Jahren erachten wir als sachgerecht. Eine zeitliche Abstimmung mit dem Regulierungsprozess ist jedoch zwingend erforderlich.

Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Grundsätzlich stimmen wir dem N-O-V-A-Prinzip zu. Die Anwendung des N-O-V-A-Prinzips darf jedoch nicht dazu führen, dass die langfristig kosteneffizienteste Variante verunmöglicht wird. Die Rahmenbedingungen müssen also weiterhin vorausschauenden Netzausbau erlauben. Es kann nämlich auch zu geringeren Lebenszykluskosten führen, wenn gleich von Beginn an gemäss dem langfristigen Bedarf ausgebaut wird, anstatt bei kontinuierlich steigendem Netzkapazitätsbedarf in kurzen Abständen mit verschiedenen Massnahmen zu optimieren, zu verstärken und am Ende doch noch auszubauen. Mit einer absoluten Anwendung des N-O-V-A-Prinzips besteht die Gefahr, dass nur schrittweise auf den unmittelbaren Bedarf reagiert wird, was insgesamt teurer sein kann. Es ist aus unserer Sicht jedoch sinnvoll, das N-O-V-A-Prinzip mit einem längerfristigen Planungshorizont anzuwenden. Auf diese Weise kann das langfristig kosteneffizienteste Massnahmenpaket identifiziert werden. Art. 9d Abs. 2 StromVG sollte daher wie folgt ergänzt werden: «Dabei **sind die Gesamtkosten aller voraussichtlichen** Massnahmen während des Planungshorizonts zu berücksichtigen. »

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

Art. 9c StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

ewz begrüsst zwar, dass auch zukünftige Entwicklungen bei der Festlegung des Einspeisepunktes berücksichtigt werden sollen. Der Artikel sollte allerdings sowohl für Ein- als auch Ausspeisepunkte sowie für Kombinationen von beidem gelten. Art. 9c Abs. 1 ist

folgendermassen zu ergänzen: «Die Netzbetreiber legen die Ein- und Ausspeisepunkte für neue Anlagen....fest». Ausserdem ist der Begriff «gesicherte Planungsdaten» zu wenig präzise. Der Begriff ist in der Verordnung im Detail zu definieren.

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

Art. 9e Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Frage sollte an Netzbetreiber der Netzebene **2-7** gerichtet sein. Die Koordination der Planung entspricht der bereits heute gängigen Praxis bei ewz. Zu definieren bleibt unserer Ansicht nach der Begriff «weitere Betroffene».

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die gesetzliche Festlegung einer Frist ist sinnvoll. Da sich die Frist auf den Zeitpunkt der Genehmigung des Szenariorahmens bezieht, muss dieser Zeitpunkt vor der ersten Genehmigung den Netzbetreibern mit angemessener Vorlaufzeit bekanntgegeben werden, damit die nachgelagerte Erstellung der Mehrjahrespläne in der vorgegebenen Frist möglich ist. Nach der ersten Genehmigung des Szenariorahmens sollte die Periodizität von fünf Jahren im Sinne der Planungssicherheit und im Einklang mit der Regulierung verbindlich eingehalten werden.

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Wir erachten aufgrund des erwarteten Umfangs der Arbeiten zur Erstellung der Mehrjahrespläne eine Frist von 12 Monaten als angemessen. Dieser Entscheid muss anschliessend in der Regulierung auch Berücksichtigung finden. Der Prozess muss daher zeitlich abgestimmt sein.

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?
Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Auf Verordnungsstufe ist der Umfang und Detaillierungsgrad der Prüfung zu definieren. Im Mehrjahresplan soll Angemessenheit und Wirksamkeit, nicht jedoch technische Umsetzung geprüft werden. Wir empfehlen für die Umsetzung von der ElCom vorgeschlagene akkreditierte Prüfstellen.

Die Bemerkung zur Frage 9 ist insofern anzupassen, als dass Verteilnetzbetreiber der Netzebenen 5 **bis** 7 von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit und Verteilnetzbetreiber der Netzebenen **2-4** zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet sind.

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ein schlankes und schnelles Gesamtverfahren ist entscheidend. Die Festlegung einer Frist unterstützt die Beschleunigung des Verfahrens und wird daher begrüsst.

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Frist hängt vom Umfang der Prüfung und der Organisation (z.B. akkreditierte Prüfstellen) ab (max. 12 Monate).

Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Der Fahrplan der Energiestrategie 2050 kann nur dann eingehalten werden, wenn das Interesse für Anlagen des Übertragungsnetzes sowie für bestimmte Anlagen in den Verteilnetzen (Netzebenen 2-3) als gleichwertig eingestuft wird wie Schutz- und Erhaltungsinteressen.

Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

Art. 15e EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Im Gesetz soll festgehalten werden, dass die grundsätzliche Sachplanpflicht höchstens für Netzebene 1, nicht jedoch für Netzebenen 3 und tiefer gilt. Art. 15e Abs. 2 EleG ist folgendermassen anzupassen: «Die Sachplanpflicht besteht nur für Netzbauprojekte des Übertragungsnetzes (NE1). Der Bundesrat regelt weitere Ausnahmen von der Sachplanpflicht.»

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VP eA)

Art. 15e – 15 j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☐ notwendig ☐ nicht notwendig ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Ja, wenn durch Verankerung im Gesetz Gewicht der Regelung gesteigert werden kann.

Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Grundsätzlich ist die Zuständigkeit **einer** Behörde im Sinne einer Verfahrensbeschleunigung zu begrüssen. Allerdings ist es fraglich, ob eine Speziallösung für die NE1 Sinn macht und das BFE die richtige Behörde ist.

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Baulinien ermöglichen die langfristige Sicherstellung von Anlagen. Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Kantonen (Baulinien in Richtplänen) sind jedoch noch zu klären.

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

Art. 17a EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die Beauftragung verwaltungsexterner Personen in Form von akkreditierten Stellen, welche Verfahren durchführen, wird begrüsst, sofern dies zu einer Verkürzung der Gesamtprojektdauer führt. Die Verfügungskompetenz muss einfach klar bei einer Stelle angeordnet sein.

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

Art. 15b Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Der Abtausch zwischen Kabel- und Freileitungskilometern sollte grundsätzlich zwischen allen Netzebenen möglich sein. Massgeblich ist dabei die mögliche Entlastung eines Gebietes und nicht der Umstand der Zugehörigkeit zum Übertragungsnetz. Zudem wäre bei dieser Vorgehensweise die Regulierung tangiert, da die Netzbetreiber tieferer Netzebenen entsprechende Kosten zu tragen hätten. Nicht akzeptabel ist, dass ein solcher Abtausch nur von swissgrid gefordert werden kann. Im Sinne der Gleichbehandlung soll diese Möglichkeit allen Netzbetreibern offen stehen.

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt ?

Art. 15c EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Ein Mehrkostenfaktor stellt eine klar definierte Regelung dar und trägt damit zur Investitionssicherheit bei. Er muss aber für **alle** Netzebenen (1-7) definiert sein und dann auch rechtlich durchgesetzt werden können.

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

Art. 15c Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die Festsetzung eines Mehrkostenfaktors ist klar zu begrüssen. Der angewandte Mehrkostenfaktor ist in der Verordnung zu verankern und muss einen langfristig stabilen Charakter aufweisen, ansonsten wird sich die Unsicherheit verfahrensverzögernd auswirken.

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Diese Paragraphen sind problematisch. Einerseits drohen bei jedem Freileitungsprojekt Einsprachen mit der Forderung nach Verkabelung. Andererseits besteht bei jedem Erdkabelprojekt die Gefahr, dass die ElCom eine günstige Freileitungslösung ex-post doch als ausreichend erachtet, und so die Anrechenbarkeit der Mehrkosten der Verkabelung in Frage stellt. Die Paragraphen verursachen auf diese Weise in erster Linie Rechtsunsicherheit und Projektverzögerungen. Art. 15c Abs.3 und Abs. 4 EleG sind aus diesen Gründen zu streichen.

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?

(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

Zusicherung der bereits bestehenden Korridore in einer maximal vorgegebenen Ausbaustufe ohne weitere Verfahrensschritte.

Austauschmöglichkeit zwischen Kabel- und Freileitungen zwischen allen Netzebenen.

Korridore sind im Sachplanverfahren rechtsgültig zu fixieren. Zu einem späteren Zeitpunkt sollten keine Beschwerdemöglichkeiten mehr vorliegen.

Vereinfachtes Verfahren ohne Plangenehmigung für Vorhaben mit geringen baulichen Massnahmen.

Einführung einer Anreizregulierung anstelle von Einzelfallprüfungen.

Leitungen, die ursprünglich für eine höhere Spannung und mehr Strom bewilligt wurden, sollten auch ohne weitere Verfahren damit betrieben werden können.

Der technische Fortschritt sollte auch in Vorschriften und Gesetzen abgebildet werden. Zum Beispiel können heutzutage Hoch- und Höchstspannungskabelleitungen mit Dreileiterkabel in Strassen- und Gehwegen verlegt werden. Folglich müssten solche Projekte analog zu Mittelspannungskabelleitungen in einfachen Verfahren abgehandelt werden.

Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Grundsätzlich sind alle zusätzlichen Kosten, die durch Vorschriften und Gesetze verursacht werden, als anrechenbare Kosten zu betrachten. Gemäss StromVG Art. 9e Abs. 4 (neu) sollen Netzbetreiber Kantone sowie weitere Betroffene angemessen in die Planung miteinbeziehen. Informationsmassnahmen sind ein mögliches Instrument und damit als gesetzliche Vorgabe eindeutig Bestandteil der anrechenbaren Netzkosten.

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

Art. 15 Abs. 3 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Intelligente Netze sind eine Voraussetzung zur Umsetzung der Energiestrategie 2050. Durch Klärung der Kostentragung kann ein wesentliches Investitionshindernis beseitigt werden. Im vorliegenden Gesetzesentwurf wird die Anrechenbarkeit von gesetzlich vorgeschriebenen intelligenten Messsystemen geregelt. Allerdings bestehen zurzeit keine gesetzlichen Vorgaben. ewz ist der Ansicht, dass intelligente Messsysteme generell anrechenbar sein sollen, da diese ohnehin mittlerweile dem Stand der Technik entsprechen. Alternativ wäre im Gesetz im Detail zu definieren, welche Messsysteme anrechenbar sind. Zu definieren bleiben des weiteren klare Regeln zur Anrechnung von Kosten für Forschungs- und Entwicklungs- bzw. Pilotprojekte.

Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

Art. 9f StromVG

Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Informationen zur zukünftigen Netzentwicklung und Möglichkeiten zur Mitwirkung werden grundsätzlich begrüsst. Allerdings regelt der Artikel die

Verantwortlichkeiten und Kompetenzen von Bund und Kanton nicht. Notwendig ist ein klares mit swissgrid bzw. allen Netzbetreibern abgesprochenes und verabschiedetes Konzept.

Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die Daten werden bereits heute an den Kanton geliefert. Eine einheitliche Datenerfassung zuhanden BFE, welche eine Grundlage für die räumliche Koordination der Netzplanung ermöglicht, wird daher im Rahmen des Datenschutzes unterstützt. Zu Gewährleisten ist der Schutz kritischer Infrastrukturen. Ausserdem ist zu berücksichtigen, dass die Datenlieferung eine Momentaufnahme darstellt.